

Verhandlungsschrift

über die

Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 13.06.2001, um 19:30 Uhr im Sitzungssaal des Amtsgebäudes.

Anwesende:

Bürgermeister Mair Franz	GR Hochroiter Franz
Vizebgmst. Huber Josef	GR Neubacher Elfriede
GV Forstinger Johann	GR Kudernatsch Norbert
GV Gerber Johann	GR Hartl Erwin
GV Poschinger Herbert	GR Hangweirer Isabella
GR Schoissengeyer Manfred	GR Schwaiger Peter
GR Huber Brigitte	GR Kritzinger Erich
GR Wagner Josef	GR Kammerhofer Marianne
GR Habringer Maria	GR Gehmayr Max
GR Selinger Friedrich	

Schriftführer: GS Rudolf Kroiß

Der Bürgermeister eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung hierzu gemäß dem vorliegenden Zustellnachweis an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1.) Bericht des Bürgermeisters.

Bgmst. Mair gibt bekannt, dass am 26. April die wasserrechtliche Verhandlung über das Kanalprojekt und am 28. Mai die technische Kollaudierung des Kanals stattgefunden hat. Deshalb ist es auch notwendig jetzt im Juni noch eine Sitzung abzuhalten.

Am 30.06.2001 läuft der Vertrag mit der Fa. Kröpfel bzw. derzeit mit der Fa. AVE hinsichtlich einer weiteren Müllablagerung aus. Diesbezüglich haben bereits 2 Zusammenkünfte mit der Fa. AVE und den betroffenen Gemeinden Attnang-P. und Redlham stattgefunden. Anwesend dabei war auch die Umweltschutzkommission, sowie von der Bürgerinitiative Herr Ing. Schögl Josef. Über Initiative der Umweltschutzkommission wurde ein Lärmgutachten mit 5 verschiedenen Messpunkten gefordert. Diesjährige Lärmbelastigungen bei der Containerverladung wurden insofern abgestellt, als der Containerplatz verlegt wurde. Der Bgmst. gibt den Grundgeräuschpegel und den Dauergeräuschpegel bekannt und verweist darauf, dass im Betrieb von Redlham rund 160 Mitarbeiter beschäftigt sind. Im Zusammenhang mit den Lärmbelastigungen wird in nächster Zeit ein Lärmgutachten erstellt. Ein Vertragsentwurf über die Müllablagerungen in den nächsten Jahren wird von der Umweltschutzkommission erarbeitet. In der Folge schildert der Bgmst. das Ergebnis der Fragebogenaktion, welche von der Bürgerinitiative Redlham in Zusammenarbeit mit der Gemeinde in einem Teil der Ortschaft Redlham und Attnang-P. durchgeführt wurde. Er verliest ausführlich die Auswertung in seiner Gesamtheit und separat für den Ortsteil von Redlham.

Von der heutigen Vorsprache in Linz bei Landesrat Ackerl um die Gewährung von BZ-Mittel für den Umbau des Feuerwehrhauses gibt der Bürgermeister bekannt, dass zu den Gesamtbaukosten von rund S 5,5 Mill. BZ-Mittel gewährt werden. Die anfängliche Zusage von S 1,6 Mill. konnte durch Beharrlichkeit und Argumentation letztlich auf S 2,7 Mill. erhöht werden. D.h. dass in den Jahren 2002 bis 2004 jährlich S 900.000,- zugesagt wurden.

2.) Darlehensaufnahme für den Kanalbau.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass für das Kanalbauprojekt BA 01 ein weiteres Darlehen in der Höhe von über S 18 Mill. aufzunehmen ist. Dies hat sich aus der Besprechung vom 23. Mai beim Amt der OÖ. Landesregierung und bei der technischen Kollaudierung am 28. Mai ergeben. Damit die Förderungen, welche in einem Bundesgesetz geregelt sind zur Gänze ausgeschöpft werden können, ist die Aufnahme dieses Darlehens notwendig.

GR Hartl Erwin will wissen, mit welcher Begründung die Aufnahme dieses Darlehens gerechtfertigt ist. Der Bgmst. erklärt, dass mit der Darlehensaufnahme auch der Eigenmittelanteil zu finanzieren ist und der Darlehensrahmen deshalb zur Gänze ausgeschöpft werden muss, da ansonsten auch die bisherigen Landesmittel zurückzahlen wären. Wenn diese Vorgangesweise auch nicht ganz verständlich ist, so kann sich die Gemeinde keinesfalls leisten, auf die Landesmittel zu verzichten. Die Berechnungen anlässlich der technischen Kollaudierung haben ergeben, dass für dieses Kanalbauvorhaben Darlehen im Gesamtausmaß von S 58,964.277,- aufzunehmen sind um in den Genuss der Annuitätzuschüsse seitens der Österr. Kommunalkredit (Förderung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie) zu kommen. Bei der Raika Schwanenstadt und bei der Allg. Sparkasse, Geschäftsstelle Schwanenstadt wurden bereits je S 20,400.000,- aufgenommen und nunmehr soll für den Rest von S 18.164.277,- das Darlehen bei der Hage-Volksbank aufgenommen werden. Die Darlehensbedingungen sind völlig ident mit den beiden anderen Banken und der Zinssatz richtet sich nach SMR mit einem Abschlag von 0,125 %. Der Bgmst. verliest in diesem Zusammenhang den vorliegenden Darlehensvertrag.

Es entsteht eine allgemeine Debatte über die zum Teil unverständliche Darlehensfinanzierungen, wobei jedoch der 90%ige Annuitätzuschuss derartige Darlehensaufnahmen sicherlich rechtfertigt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, für die Abwasserbeiseitigungsanlage Redlham bei der Hage-Volksbank Vöcklabruck-Traunsee gemäß der verlesenen Darlehensurkunde ein Darlehen in der Höhe von ATS 18,164.277,- aufzunehmen.

Die Abstimmung ergibt mit Handerheben eine einstimmige Annahme des Antrages.

3.) Aufnahme eines(r) Teilzeitbeschäftigten.

GV Forstinger Johann erklärt sich für befugten und verlässt den Sitzungssaal.

BE GR Hangweirer Isabella teilt den Mandatären mit, dass die bisherige Raumpflegerin des Gemeindeamtes Frau Schernberger Ingeborg mit Wirksamkeit 30.06.2001 in Pension gehen wird. Zur Zeit verbraucht sie noch ihren restlichen Urlaub und die Raumpflege wird von einer Aushilfe durchgeführt. Hinsichtlich der Bewerbung für den neu zu besetzenden Dienstposten wurde eine Stellenausschreibung durchgeführt, welche in der Zeit vom 24.04. - 08.05.01 kundgemacht war. Für diese Teilzeitbeschäftigung ist lediglich eine Stellenbewerbung eingelangt und zwar von Frau Veronika Forstinger aus Redlham 11. Frau Forstinger war bereits bisher für Raumpflegearbeiten im Bauhof, im Veranstaltungssaal und für sonstige Arbeiten im Bauhof wie Rasen mähen, Blumenpflege, beim Kindergarten, beim Veranstaltungssaal und den Verkehrsinseln als Aushilfsarbeiterin seit Beginn des Jahres 1994 eingesetzt. Nunmehr ist beabsichtigt, sie mit 8 Wochenstunden (20%) als Raumpflegerin beim Gemeindeamt und mit weiteren 8 Wochenstunden für Arbeiten im Gemeindebauhof und Veranstaltungssaal (weitere 20%), was ein Beschäftigungsausmaß von insgesamt 40% ergibt einzustellen. Die Entlohnung soll nach p 5 erfolgen, wobei die Zeiten im Gemeindedienst vom 01.01.1994 bis 30.06.2001 voll angerechnet werden sollen und weitere 3 Jahre zur Hälfte anzurechnen sind, was einen Vorrückungstichtag mit 01.07.1992 ergibt. Unter Berücksichtigung der 7 ½ jährigen zufrieden stellenden Dienstleistung ist ihr auch mit der Einstellung per 01.07.2001 die Leistungszulage zuzuerkennen. Es ergibt sich daraus bei 40%iger Teilbeschäftigung ein Bruttolohn in der Höhe von S 7.052,-.

Bgmst. Mair erklärt, dass er verschiedene Frauen für diese Tätigkeit angesprochen habe, aber schließlich doch nur diese eine Bewerbung von Frau Forstinger Veronika eingegangen ist. Die Bewerberin hat künftig demnach auch Anspruch auf Urlaub und Krankenstand und ist damit selbst versichert. Wenn in den Sommermonaten mehr als die 16 Wochenstunden anfallen, so ist diese Mehrleistung im Winter auszugleichen.

GR Hangweirer Isabella stellt den Antrag, Frau Forstinger Veronika mit Wirksamkeit 01.07.2001 mit 16 Wochenstunden (40% Teilzeitbeschäftigung) als VB des Entlohnungsschemas II mit einer Einstufung in p 5/7 sowie der Gewährung der Leistungszulage und einem Vorrückungstichtag 01.07.1992 in den Gemeindedienst einzustellen.

Nachdem einstimmig auf eine geheime Abstimmung verzichtet wird, ergibt die Abstimmung über den Antrag Hangweirer eine einstimmige Annahme.

GV Forstinger Johann wird wieder in den Sitzungssaal gerufen.

4.) Erneuerung der Kindergartenfenster - Vergabe.

GV Forstinger Johann erinnert, dass anlässlich der letzten Sitzung bereits der Grundsatzbeschluss gefasst wurde, im Kindergarten die Fenster auszuwechseln. Vom Architekt Frisch erfolgte eine Ausschreibung in PVC und Alufenster. Bei den Alufenstern hat nur eine Firma und zwar Unimet, Atzbach mit der Angebotssumme von S 464.793,- angeboten. Bei den PVC-Fenstern sind 4 Angebote eingelangt und Forstinger verliest die diesbezüglichen Angebotssummen. Er beschreibt die Notwendigkeit dieses Fenstertausches und schlägt die Ausführung in PVC vor.

Das südlich gelegene Portal ist zwar in der Ausschreibung beinhaltet, soll aber von der Auftragserteilung ausgenommen werden und dafür ist es notwendig im Untergeschoß die rückwärtige Eingangstüre zu tauschen. Bestbieter ist die Fa. Mair aus Wernstein, welche Gaulhoferfenster anbietet mit einer Angebotssumme von S 225.434,40

GR Schoissengeyer Manfred will wissen, was in diesem Preis beinhaltet ist und Forstinger erklärt, das Montage, Demontage, Lieferung und Entsorgung der alten Fenster im Angebot beinhaltet sind. Lediglich die vorhandenen Jalousien sind von einer anderen Firma zu montieren bzw. zu demontieren.

GV Forstinger Johann stellt den Antrag, die Bestbieterfirma Mair aus Wernstein unter Berücksichtigung des Wegfalles der südlichen Portalkosten mit einer Summe von S 200.174,80 zu beauftragen.

Der Bürgermeister lässt über den Antrag abstimmen und dieser wird mit Handerheben einstimmig angenommen.

5.) Allfälliges.

Vizebgmst. Huber Josef schlägt einen zweitägigen Gemeinderatsausflug für nächstes Jahr zu den Seefestspielen nach Mörbisch vor. Wenn entsprechendes Interesse besteht müssten schon bald die entsprechenden Aktivitäten in die Wege geleitet werden. Bis zur nächsten GR Sitzung sollen sich die Mandatäre darüber Gedanken machen.

GR Hartl Erwin spricht das Straßenfest der Montessorikindergartengruppe an und fragt, ob die Straßensperre von der BH genehmigt werden muss. Dies ist zu bejahen.

GR Gehmayr Max will wissen, wenn die Firma AVE im Jahr 2003 nicht mehr Müll ablagert, welcher Teil dann als Betrieb bestehen bleiben wird. Außerdem spricht er zum wiederholten Mal die nicht Entrichtung der Standortabgabe an. Bgmst. Mair beantwortet die Anfrage dahingehend, dass das Altstoffsammelzentrum sicher bestehen bleiben wird und auch der Betrieb der AVE mit seinen Einrichtungen. Eine Nachbetreuung der Mülldeponie wird auch sicher notwendig sein. Hinsichtlich Standortabgabe gibt er bekannt, dass diese gemäß Landesgesetz gefallen ist. Seit 1998 hat die AVE die Standortabgabe nicht mehr bezahlt und es besteht kaum Hoffnung die ausstehende Abgabe eintreiben zu können. Zudem besteht laut Dr. Payrhuber, AVE, die Gefahr die zu Unrecht kassierte Standortabgabe zurückzahlen zu müssen. Es ist ihm allerdings bekannt, dass die Stadt Linz freiwillig die Standortabgabe an die Gemeinde Asten zahlt.

Vizebgmst. Huber will wissen, ob bei den Gesprächen mit der AVE hinsichtlich der Nachbetreuung der Deponie gesprochen wurde. Bgmst. bejaht dies und ist der Ansicht, dass vermutlich seitens der Umweltbehörde die Überwachung erfolgen wird.

GR Kudernatsch Norbert, stellt die Frage über den Stand der Burgstaller-Erdhaufen/Gruben. Der Bgmst. erklärt ihm, dass er von Dr. Gschwandtner von BH Vöcklabruck weis, dass die Ausschreibung über die Verfüllung im Gange ist.

Vizebgmst. Huber Josef spricht die geplante Errichtung eines Kulturzentrums im Schloss Puchheim an. Dabei werden die Nachbargemeinden um ideelle Unterstützung ersucht. Es soll dort ein Jazzkeller, ein Restaurant, ein Hochzeitssaal errichtet werden und geplant sind Kinovorführungen, Theater und Konzerte. Er spricht sich für eine Befürwortung seitens der Gemeinde Redlham zur Errichtung dieses Kulturzentrums aus. Bgmst. Mair schildert, dass für die Errichtung dieses Kulturzentrums eine entsprechend hohe Einwohnerzahl notwendig ist, damit dieses Vorhaben verwirklicht werden kann. Verschiedene Mandatäre befürchten bei einer Befürwortung, dass letztlich auch eine finanzielle Unterstützung die Folge sein könnte.

Abschließend gibt Bgmst. Mair bekannt, dass eine Kindergärtnerin gekündigt hat.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung:

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 17.05.2001 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 20.50 Uhr.

Bürgermeister:

Gemeinderat:

Schriftführer:

Gemeinderat:

Der Vorsitzende beurkundet hiemit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden.

Redlham, am

Der Bürgermeister: